

# 7 75

# Union in Deutschland

Bonn, den 13. Februar 1975

## Regierung fehlt Mut zur Wahrheit

Die öffentlichen Finanzen geraten immer mehr in eine Krise, die die Erfüllung der staatlichen Aufgaben in einer bedrohlichen Weise beeinträchtigt. 1977 werden die Schulden vermutlich 70 Mrd. DM betragen. Trotz dieser beunruhigenden Entwicklung hat die SPD/FDP-Koalition keine Konzeption. Denn ihr fehlt der Mut zur Wahrheit.

Dr. Helmut Kohl fordert die Bundesregierung auf, eine mittelfristig angelegte Strategie zur Überwindung der Finanzkrise auszuarbeiten. Dazu gehört erstens eine umfassende Bestandsaufnahme. Sie muß aufzeigen, mit welchen Deckungslücken die öffentlichen Haushalte zu rechnen haben. Die Bundesregierung muß zweitens sich bereit finden, mit allen in unserem Lande Verantwortlichen die auf den Tisch zu legenden Tatsachen zu beraten und gemeinsam Konsequenzen daraus zu ziehen. Dabei muß geprüft werden

- welche Subventionen abgebaut werden können,
- wie die Explosion der Personalkosten gestoppt werden kann,
- wo durch Rationalisierung die Kostenbelastung gemindert werden kann,
- wie die Belastungen von Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung begrenzt werden können.

### ■ STEUER- ERHÖHUNG

Erst dementiert, dann nach und nach eingestanden wird von der Bundesregierung die Absicht einer Steuererhöhung ab 1976.

Seite 4

### ■ VERFASSUNG

Das gestörte Verhältnis der SPD zu Verfassung und Demokratie wird an den Äußerungen Helmut Schmidts zum Bundesverfassungsgericht deutlich.

Seiten 5—6

### ■ ENTWICKLUNGS- HILFE

Wie schon früher, so versteht Egon Bahr es auch jetzt, die Öffentlichkeit mit Angaben abzuspiesen, die sich im nachhinein als unrichtig erweisen.

Seiten 7—8

### ■ FRIEDENS- FORSCHUNG

In Bonn wird haarsträubender Mißbrauch mit Förderungsmitteln für die Friedensforschung getrieben.

Seiten 11—12

### ■ RADIKALISMUS

Unter dem Deckmantel der Legalität und dank finanzieller Hilfe aus der DDR hat sich die DKP zur gefährlichsten radikalen Partei entwickelt.

Dokumentation

## INFORMATIONEN

### Union will neue Klausel in Konsularverträgen

Angesichts der Offensive Moskaus und Ost-Berlins, die Anerkennung zweier deutscher Staatsangehörigkeiten durchzusetzen, hat der Vorsitzende des innerdeutschen Bundestagsausschusses, von Wrangel (CDU) die Bundesregierung aufgefordert, zu einer „weltweiten internationalen Offensive zugunsten der Freiheit der Deutschen anzutreten“. Die Bundesrepublik sollte alle bestehenden Verträge darauf überprüfen und gegebenenfalls darauf drängen, daß sie eine Klausel erhalten, wonach DDR-Bürger im betreffenden Gastland auf Wunsch einen bundesdeutschen Paß erhalten.

### Verbrechen ist keine Gesellschaftskrankheit

Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Strafrecht spricht nur von „Behandlungszielen“ im Hinblick auf den Täter und seine Resozialisierung und Verhinderung seiner Rückfälligkeit. Diese und andere Bestimmungen stoßen auf den Widerstand der CDU/CSU. Entgegen sozialistischer Ideologie darf das Verbrechen nicht als Gesellschaftskrankheit verniedlicht und „behandelt“ werden. Es ist vielmehr — soweit der Täter zurechnungsfähig war — Ausfluß persönlicher, vorwerfbarer Schuld, für die die Gemeinschaft der gesetzestreuen Bürger Strafe aussprechen muß: um den Rechtsfrieden wiederherzustellen, um sich zu sichern, um diesen Täter oder andere mögliche Täter abzuschrecken, und auch, um den Täter wieder in die Gemeinschaft der Bürger aufzunehmen, worauf er nach seiner Sühne einen

unbestreitbaren Anspruch hat. Dieselben Zielen muß auch der Strafvollzug dienen, der deshalb nicht in eine Art Krankenhausaufenthalt umfunktioniert werden darf.

### Das Ende der Kraftfahrzeugsteuer-Reform

Nun hat die Bundesregierung auch die Kraftfahrzeugsteuerreform beendigt. Abgewürgt hatte sie diese Reform schon 1972 und 1973, als sie die Mineralölsteuer entgegen allen Warnungen in zwei Schüben um 9 Pfennig je Liter erhöhte.

Alle Sachverständigen und die CDU/CSU fordern seit Jahren die Einführung des einfachen Plakettenverfahrens und den Ausgleich des Ausfalls durch die Mineralölsteuer. Rund 3 000 Bedienstete bei den Finanzämtern, die mit der Einziehung von teilweise geringfügigen Kraftfahrzeugsteuerrückständen beschäftigt sind, könnten für wichtigere Aufgaben freigestellt werden. Ideologisches Festhalten an Klasseneinteilung und kurzsichtiges, finanz-politisches Wursteln haben diese Reform verhindert, die zu mehr Verkehrssicherheit führen würde.

### Radikale verstärken ihre Jugendarbeit

Die Rechts- und Linksradikalen in Nordrhein-Westfalen erhoffen sich durch eine stärkere Jugendarbeit einen Ausbau ihrer Positionen und Erfolge bei der Landtags- und Kommunalwahl am 4. Mai. Millionenbeträge der Ostberliner SED unterstützen dabei die Arbeit der DKP. Die DKP (15 000 Mitglieder) gründete im vergangenen Jahr die Kinderorganisation „Junge Pioniere“, die ihr nahe-stehende Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) vergrößerte die Zahl

ihrer Ortsgruppen um 38 auf 142 und gab 40 neue Betriebs-, Lehrlings-, Schüler- und Jungarbeiterzeitungen (insgesamt 169) heraus. Linksradikale Studentenorganisationen (MSB Spartakus/SHB) beherrschen sieben der 13 Asten an den Universitäten und Gesamthochschulen des Landes. Auf der Rechten gewinnen die „Jungen Nationaldemokraten“ zunehmend an Boden in der NPD.

### „Eine Welt, die uns fremd ist“

Heimatkundlichen Aufklärungsunterricht hat die Ostberliner Wochenzeitung „Volksarmee“ den DDR-Soldaten erteilt. In einer ihrer letzten Ausgaben schrieb das Blatt, daß die Heimat der DDR-Soldaten nicht allein die DDR sei, sondern „das riesige Territorium zwischen Elbe und Stille Ozean, zwischen Nördlichem Eismeer und der Donau“ umfasse. Westlich von Elbe und Werra liege dagegen „eine Welt, die uns fremd ist“. Wörtlich: „Die Probleme des imperialistischen Staates westlich unserer Staatsgrenze sind nicht unsere Probleme. Uns sind die Probleme und das Leben zum Beispiel am Ural näher...“

### CDU-Hessen: Auf Amtsblätter verzichten

Die CDU-Landtagsfraktion hat dem hessischen Landkreis und den Kommunen empfohlen, nach Möglichkeit auf die Herausgabe eigener Amtsblätter zu verzichten und sich zur Veröffentlichung von Bekanntmachungen der Zeitungen zu bedienen. Angesichts der angespannten wirtschaftlichen Situation der Verlage müsse jede Konkurrenz für Tageszeitungen — insbesondere durch Anzeigen in Amtsblättern — vermieden werden. Die CDU-Landtagsfraktion wendet sich in einem Antrag an den Hessischen Landtag gegen die „Kommerzialisierung der Amtsblätter“.

## STICHWORTE

### Das VW-Defizit

für 1974 beträgt nach bisherigen Schätzungen rd. 500 Mio. DM. Grund: Exportrückgang, Lohnstückkosten.

### Die EG

halten zwei Drittel der Bevölkerung in den Mitgliedsländern „für eine gute Sache“. Sie sprechen sich auch für gemeinsame Energiepolitik, gemeinsamen Umweltschutz und Kampf gegen die Inflation aus.

### Der Konzentrationsprozeß

in der deutschen Wirtschaft beschleunigt sich. Mit 318 Fusionen 1974 wurde gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 31 % verzeichnet.

### Die Bundesanwaltschaft

bestätigte laut „Bild“, daß der „Spiegel“ den BM-Terroristen ein beträchtliches Honorar („15 000 DM“) für aus der Haft geschmuggelte Manuskripte bezahlt habe.

### DAK-Mitglieder

sollen ab 1. April 11,2 % statt bisher 9,8 % ihres Arbeitsentgeltes als Beitrag entrichten.

### Die Anzeigenwerbung

ist nur zu 35 % einwandfrei. 46 % aller Anzeigen enthielten bei einer repräsentativen Stichprobe übertriebene Versprechen. Der Rest: Zweideutige Aussagen, Unvollständigkeiten, Täuschung.

### Im Ruhrgebiet

ist die Zahl der Erwerbslosen sprunghaft von 4,6 auf 5,2 Prozent angestiegen. Einige Städte melden bis zu 6,6 Prozent.

## SPD/FDP

### Steuererhöhung — nach den Wahlen

**SPD/FDP treiben unser Land immer tiefer in die Überschuldung. Fachleute und Fachjournalisten sind sich einig: In den Schubladen dieser Bundesregierung liegen bereits die Pläne für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer.**

**D**ie Dementis der Regierungssprecher werden bereits schwächer. Wie schon so oft, leiten SPD/FDP bereits den Rückzug ein: Versprochen — aber nicht gehalten, so kann man am bitteren Schluß sicher auch über dieses traurige Kapitel schreiben. Nachfolgend eine aufschlußreiche Zusammenstellung der „Dementis“ seit dem Amtsantritt der Regierung Schmidt/Genscher:

Regierungserklärung vom 17. Mai 1974: *„Die Bundesregierung hat nicht die Absicht, die Mehrwertsteuer zu erhöhen.“*

Noch ganz ungetrübte Selbstsicherheit: *„Die Bundesregierung hat nachdrücklich bestritten, daß für das kommende Jahr eine Erhöhung der Mehrwertsteuer geplant werde. Einem Dementi von Regierungssprecher Grünewald folgte die Erklärung von Finanzminister Hans Apel, derartige Vermutungen seien völlig aus der Luft gegriffen.“* (dpa, 13. 10. 1974)

Immerhin, die Steuereinnahmen werden hinter den Erwartungen liegen: *„Steuererhöhungen wird es nach den Worten des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, Karl Haehser, nicht geben, obwohl die Steuereinnahmen des nächsten Jahres*

*hinter unseren Erwartungen liegen.“* (dpa, 10. 11. 1974)

Die Frage des Zeitpunkts kommt ins Spiel: *„Bundeskanzler Helmut Schmidt hat trotz der angespannten Finanzlage Steuererhöhungen im nächsten Jahr ausgeschlossen. Dies wäre ‚ökonomisch der schlechteste Zeitpunkt‘ für Steuererhöhungen, sagte der Kanzler in einem Interview der ARD-Fernsehsendung ‚Monitor‘.“* (dpa, 18. 11. 1974)

Schon deutlicher. Nach 1975 werden *„schwere Entscheidungen zu treffen“* sein: *„1975 gibt es keine Steuererhöhungen, weil sie nicht in die konjunkturpolitische Landschaft passen. Das Haushaltsdefizit ist ohne Steuererhöhungen finanzierbar. Daß danach die Haushalte 1976, 1977 und folgende sehr schwierig werden, weiß ich. Dann werden wir schwere Entscheidungen zu treffen haben.“* (Interview Apels mit „Welt am Sonntag“, 22. 12. 1974)

Es geht nur noch darum, den „Schwarzen Peter“ nicht zu kriegen: *„Die Bundesregierung hat nicht die Absicht, sich den ‚Schwarzen Peter‘ einer Mehrwertsteuer-Erhöhung zuspieren zu lassen.“* (Regierungssprecher Grünewald)

### Prof. Machens Müßiggang

Der von der SPD/FDP-Bundesregierung im 1. März 1972 eingestellte Schwager des damaligen SPD-Wirtschaftsministers Karl Schiller geht immer noch bei vollem Gehalt spazieren. Alle Bemühungen, ihn einer entsprechenden Tätigkeit zuzuführen, sind gescheitert. Bisher hatte der Steuerzahler für diesen von der SPD/FDP-Regierung verschuldeten Fall 200 000 DM zu bezahlen. Der Schwager des ehemaligen SPD-Wirtschaftsministers wird auch weiterhin ein monatliches Gehalt von 6182,— DM erhalten, ohne dafür etwas zu leisten.

## BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

# Schmidt will Karlsruher Richter unter Druck setzen

Als „gänzlich unerträglich“ bezeichnete Dr. Helmut Kohl die Kritik des Bundeskanzlers am Bundesverfassungsgericht. Er habe den Eindruck, daß Schmidt wohl seine Rolle als Bundeskanzler nicht richtig verstehe. In solcher Form habe noch kein deutscher Regierungschef in den Kompetenzbereich einer anderen Gewalt eingemischt.

Hier der Vorgang: In einem Interview mit Peter Merseburger in „Panorama“ am Abend des 3. Februar 1975 äußerte sich Schmidt auch zum Bundesverfassungsgericht. Auf das bevorstehende Urteil über die Reform des § 218 und auf das Rollenverständnis des Gerichts angesprochen, erklärte er, er wolle sich zu diesem Urteil „gewiß nicht äußern und infolgedessen auch nicht zum Rollenverständnis der Richter“. Doch schon im nächsten Satz äußerte Schmidt ausdrücklich Zweifel, ob das Bundesverfassungsgericht seine eigene Rolle richtig verstehe. Er wies in der Abtreibungsfrage auf die Entscheidungen ausländischer Verfassungsgerichte, erklärte vorsorglich seine Verwunderung für den Fall eines abweichenden Ergebnisses bei uns, zitierte weitere Karlsruher Entscheidungen und wertete dieses alles als ein „zu weit vorgetriebenes Richterrecht“.

Dr. Richard von Weizsäcker trifft hierzu folgende Feststellungen:

1. Der Bundeskanzler versucht damit trotz seines eigenen Dementis, in ein schwebendes Verfahren einzugreifen.
2. Er kritisiert ein zu weit vorgetriebenes Richterrecht, läßt aber geflissentlich die Lage außer acht, vor die der Gesetzgeber und die Regierung das Verfassungsgericht stellen: Die Ursachen für das Ausmaß der Verfassungsgerichtsprüfung liegen primär nicht in Karlsruhe, sondern in Bonn, insbesondere darum, weil unzureichende, unpraktikable oder rechtlich zweifelhafte Gesetze ohne ausreichende Beratung verabschiedet werden.
3. Mit seiner Stellungnahme hat Bundeskanzler Schmidt dem Rollenverständnis des Bundesverfassungsgerichts keinen Dienst erwiesen, wohl aber Zweifel darüber aufkommen lassen, wie es mit dem Rollenverständnis des Regierungschefs gegenüber der Verfassungsgerichtsbarkeit steht.

Auch in der deutschen Presse sind die Äußerungen Schmidts auf Kritik gestoßen. So z. B. schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“:

„Von besonderer Sachkunde war nicht geprägt, was Bundeskanzler Schmidt im Fernsehen über das Bundesverfassungsgericht gesagt hat: Auf gefährliche Wege begab sich Schmidt, als er andeutete, diese Richter trieben (natürlich immer nur wo die Auswirkungen ihrer Entscheidungen der Bundesregie-

rung schmerzlich sind) verbotenerweise „Politik“. Unentschuldigbar war Schmidts Andeutung, die so zu verstehen war, als werde die Koalition versuchen, in den Karlsruher Senaten eine Mehrheit in ihrem Sinne einzustellen.“

## Mehr Respekt vor den Grenzen der Staatsgewalt

Friedrich Vogel, Vorsitzender des Arbeitskreises I der Bundestagsfraktion, untersucht in diesem Zusammenhang die Frage der grundsätzlichen Haltung der SPD/FDP-Koalition zur rechtsstaatlichen Funktion des Bundesverfassungsgerichts.

Nach dem Willen des Grundgesetzes ist das Bundesverfassungsgericht oberster Hüter der Verfassung und nicht der Bundeskanzler oder der Bundestag oder ein sonstiges Verfassungsorgan. Als oberster Hüter der Verfassung hat das Bundesverfassungsgericht die Normen des Grundgesetzes verbindlich ausulegen und anzuwenden und hierbei insbesondere dafür zu sorgen, daß die Staatsgewalt die ihr gezogenen Grenzen nicht überschreitet und die der Verfassung zugrunde liegenden obersten Rechtswerte verwirklicht werden.

Es entspricht einem anerkannten Verständnis von der Funktion der Verfassungsgerichtsbarkeit, daß sich unser oberstes Gericht auch zur Fortentwicklung des Verfassungsrechts berufen fühlt und sich damit selbst eine schöpferische Position zuweist.

Es hat den Anschein, als wollten der Bundeskanzler und nicht zu unterschätzende Kräfte in beiden Koalitionsparteien angesichts ihnen nicht in das Konzept passender Urteile einen Konflikt um das Bundesverfassungsgericht heraufbeschwören. Eine Kampagne gegen das Bundesverfassungsgericht aber muß

zu einem schwerwiegenden Verfassungskonflikt und zu einer nachhaltigen Störung des inneren Friedens führen.

Die linken Kräfte werden sich daran gewöhnen müssen, daß die Wertentscheidungen unserer Verfassung dem Willen zur qualitativen Veränderung bestehender Wertordnungen Grenzen setzen und daß nicht der Wille einer zufälligen und vorübergehenden parlamentarischen Mehrheit das oberste Gesetz ist.

Die CDU/CSU-Opposition im Deutschen Bundestag wird sich durch keine Kampagne daran hindern lassen, verfassungsrechtlich problematischen Entscheidungen der derzeitigen SPD/FDP-Mehrheit im Bundestag, die wichtige Verfassungsprinzipien berühren, vom Bundesverfassungsgericht überprüfen zu lassen. Wer wie die Linkskoalition in den letzten Jahren derartig riskant an den Rändern der Verfassung herumoperiert, darf sich nicht wundern, wenn das Verfassungsgericht mehr als uns allen lieb sein kann, in Anspruch genommen werden muß.

## Verfassungsrichter brauchen keine Parteilinien

Die selbst ernannten Kritiker des Bundesverfassungsgerichts sollten sich im übrigen hüten, in den Tonfall rüdel Richterchelte zu verfallen, wie ihn z. B. Rudolf Augstein in seinem bekanntesten Wochenmagazin angeschlagen hat. Was von Liselotte Funcke bis Helmut Schmidt insoweit zu hören war, war wenig verheißungsvoll.

Alle Beteiligten haben die Pflicht, nach hochqualifizierten und innerlich unabhängigen Richterpersönlichkeiten Ausschau zu halten. Das Gericht braucht gewiß keine Richter, die im Sinne einer bestimmten Parteilinie „funktionieren“.

## ENTWICKLUNGSPOLITIK

# Bahr täuscht mit Scheinstrategien über Konzeptionslosigkeit hinweg

In einer Erklärung zu den ersten sechs Monaten Amtszeit des neuen Entwicklungsministers Egon Bahr übte der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Jürgen Gerhard Todenhöfer, MdB, Kritik an Bahrs Scheinstrategien, mit denen er von seiner Konzeptionslosigkeit ablenken will.

Unauffällig, diskret und ohne die Gralshüter der Eplerschen Entwicklungslehre allzusehr zu verschrecken, ist es Bahr in den ersten 6 Monaten seiner Amtszeit gelungen, von den Grundzügen der entwicklungspolitischen Konzeption Eplers Schritt um Schritt wegzukommen. Die Bundesregierung hat nun also auch programmatisch von Erhard Eppler Abschied genommen. Das Verdienst um diesen Abschied von Eplers Strategie, insbesondere von ihrem ideologischen und utopischen Ansatz, kommt in erster Linie Egon Bahr zu. Die Union erkennt dies gerne an.

Bahrs Dilemma ist jedoch, daß er zwar Eplers Konzeption nun los ist, aber nach 6 Monaten noch keine eigene Konzeption gefunden hat, die den Herausforderungen der Ölkrise an die Entwicklungspolitik gerecht würde. Es konnte daher kaum überraschen, daß der Bundeskanzler dem neuen Entwicklungsminister im Kabinett zu ver-

stehen gab, nach 6 Monaten sei es eigentlich an der Zeit, eine Bestandsaufnahme der deutschen Entwicklungspolitik vorzulegen und realistische, neue Wege aufzuzeigen.

Gegenüber der Öffentlichkeit hat es Bahr allerdings verstanden, von seiner Ratlosigkeit über den zukünftigen entwicklungspolitischen Kurs abzulenken. In wohltdosierter Regelmäßigkeit und mit Vorliebe für Randbereiche legte er der auf diesem Gebiet nicht sonderlich bewanderten Öffentlichkeit immer wieder neue „Strategien“ vor — leider jedoch nur Scheinstrategien, die einer ernsthaften Überprüfung nicht standhalten.

### Unwissende werden geblufft

1. *Er verkündete unter dem heftigen Beifall aller Unwissenden, die Bundesregierung werde den reichen Ölländern keine Kapitalhilfe mehr geben.*

— Wer weiß auch schon, daß die reichen arabischen Ölländer von uns noch nie Kapitalhilfe erhalten haben?

### Etwas „Neues“, was es schon gibt

2. *Er ließ mit großen publizistischem Aufwand die Erfindung der „Technischen Hilfe gegen Entgelt“ als entschei-*

dende neue Strategie gegenüber den Erdölländern verkünden.

— Wem ist schon bekannt, daß Saudi-Arabien deutsche technische Hilfe schon seit Jahren bezahlt, und wer weiß schon, daß die übrigen Ölländer deutsche technische Hilfe zwar gerne kaufen würden, Bahrs Ministerium jedoch nicht in der Lage ist, auch nur Bruchteile der arabischen Nachfrage zu befriedigen? Ganze 13 Kurzzeitexperten und Berater konnte Bahr z. B. dem an „technischer Hilfe gegen Entgelt“ interessierten Irak anbieten.

## Rechnung ohne den Wirt

**3. Bahrs schillerndste Seifenblase aber war sein „Dreiecksmodell“, das er erstmals im Sudan verkündete: Für diese „Strategie“ erhielt er den heftigsten Beifall.**

— Leider hat sich inzwischen herausgestellt, daß Bahr es versäumt hatte, sich die Zustimmung des Dritten im Dreieck, Saudi-Arabien, zu sichern, und daß Saudi-Arabien vorerst auch nicht beabsichtigt, das Bahrsche Modell zu finanzieren.

Bahr hatte im übrigen auch die grundsätzlichen Gefahren derartiger Dreiecksmodelle übersehen. Sie liegen darin, daß die arabischen Ölländer mit sogenannten schwarzen Listen arbeiten und alle deutschen Firmen, die in Handelsbeziehungen mit Israel stehen, regelmäßig von jeder Auftragsvergabe ausschließen. Die Bundesregierung würde sich, wenn sie sich darauf einließe, erstmals offiziell und direkt an Boykottmaßnahmen gegenüber Israel beteiligen. Aus diesem und aus vielen anderen Gründen gehört die Zusammenarbeit der Industrieländer und der Ölländer in der 3. und 4. Welt nicht auf die bilaterale oder trilaterale Ebene — auch wenn

sich das noch so gut verkauft —, sondern auf die multilaterale Ebene der Weltbank und der Vereinten Nationen.

## Märchen von der Zuwachsrate

**4. Bahr hat ferner verkündet, die am wenigsten entwickelten Entwicklungsländer, die „least developed countries“ würden 1975 „überproportionale Zuwachsraten“ erhalten.**

— Leider hält auch diese neue Strategie einer Überprüfung nicht stand, wenn man sie mit der finanziellen Rahmenplanung Bahrs für 1975 vergleicht. Die angeblich überproportionale Zuwachsrate beträgt für 1975 bei der Kapitalhilfe nur 1,1 %, während sich der Anteil der technischen Hilfe für die „least developed countries“ an der gesamten technischen Hilfe sogar um 0,19 % verringert. Daß gleichzeitig der Anteil der arabischen Länder, die sich ihr Geld leicht bei ihren reichen Öl-Brüdern holen könnten, an der deutschen Kapitalhilfe um 6,2 % höher liegt als der Anteil der 26 am wenigsten entwickelten Entwicklungsländer, zeigt die augenblickliche Zielverwirrung der deutschen Entwicklungspolitik in ihrem ganzen Ausmaß.

## Eine imaginäre Strategie

**5. Besonders stolz hat Bahr auf die für 1975 geplante „Konzentration“ der deutschen Entwicklungshilfe auf „weniger Länder“ hingewiesen.**

— Jedoch auch hier erhielt er Zuspruch für eine Strategie, die es nicht gibt. Denn während 1975 die Zahl der Entwicklungsländer, die deutsche Kapitalhilfe erhalten, tatsächlich um 16 verringert wird, wird gleichzeitig die Zahl der Länder, die technische Hilfe erhalten, um 15 erhöht.

## ■ KOALITION

### Regierung vernachlässigt Energieforschung

Die Bundesregierung vernachlässigt nach Ansicht von Dr. Lutz Stavenhagen, Mitglied des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie, trotz der latenten Energiekrise die Erforschung inkonventioneller Energiequellen. Das Rahmenprogramm Energieforschung ist ein loses, zusammengeschriebenes Sammelsurium von einzelnen Projekten mit Schwergewicht auf Bergbautechnik und Kohle. Im Entwurf des Bundeshaushalts 1975 findet die Sonnenenergie nicht einmal Erwähnung, während die USA ihr besondere Priorität beimessen. Lediglich einzelne, auf Publikumswirksamkeit ausgelegte, Projekte finden Förderung, so ein sonnenbeheiztes Schwimmbad im Wahlkreis des Ministers.

### Wir — die Steuerzahler . . .

Die Bundesregierung läßt in diesen Tagen eine Zeitung im Boulevardstil verbreiten. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Medienpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Prof. Dr. H. H. Klein, hat hierzu im Bundestag die folgende Anfrage eingereicht:

„Gedenkt die Bundesregierung, das Experiment einer vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgegebenen und im Boulevardstil aufgemachten Zeitung zu wiederholen, und ist in diesem Experiment der Anfang des Versuches zu erblicken, zum Ausgleich für die abnehmende Zahl regierungsfreundlicher Blätter eine in regelmäßigen oder unregelmäßigen Abständen erscheinende, aus Steuermitteln finan-

zierte Regierungszeitung zu etablieren?“  
Nachsatz: Die Zeitung heißt „Wir“. Früher hieß es: Wer soll das bezahlen? Heute liefert die SPD/FDP gleich die Antwort mit: Wir, die Steuerzahler zahlen, zahlen . . . In diesem Fall: 320 000 DM. Die von den sozialen Härten der Steuerreform betroffenen Bundesbürger werden sich gewiß darüber freuen.

### Thema „Steuerreform“ bleibt explosiv

Ein knappes Drittel der bundesdeutschen Arbeitnehmer stellt fest: Die Steuerreform bringt mir Nachteile! Und mehr als die Hälfte meinte: Man sollte die Steuerreform rückgängig machen! Dies sind die beiden wichtigsten Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage der Wikkert-Institute unter den Steuerzahlern (Arbeitnehmer und Selbständige). Zur Stimmungslage heißt es: „Noch nie in unserer über 20jährigen Praxis wurde bei einer Umfrage so erregt geantwortet.“

Für die allgemeine Verunsicherung unter den Steuerzahlern spricht der ungewöhnliche Prozentsatz (79 %) der „Weiß-nicht“-Antworten zu der Frage „Bringt Ihnen die Steuerreform mehr Vorteile, mehr Nachteile, oder bleibt bei Ihnen in etwa alles so wie bisher?“ Bei den eindeutig Unzufriedenen äußerte sich der Unmut über die Steuerreform in Prädikaten wie „weltfremd“ und „unausgegoren“.

### Sechs Austritte aus der Berliner FDP

Alle fünf Mitglieder der FDP-Fraktion in der Bezirksverordneten-Versammlung Zehlendorf und der einzige der FDP angehörende Bezirksstadtrat in diesem Westberliner Verwaltungsbezirk

haben ihren Austritt aus der Partei bekanntgegeben. Die sechs Ausgetretenen begründen ihren Schritt mit der inneren Lage des FDP-Landesverbandes: „Die FDP, die in Berlin jetzt zwischen SPD und SEW steht, will gemeinsam mit dem linken Flügel der SPD die Senatspolitik im Sinne der Systemüberwindung bestimmen.“ Seit Jahren als „marxistisch-sozialistisch“ bekannte FDP-Mitglieder seien von der FDP als Kandidaten aufgestellt worden, von denen sich einige sogar an einer Demonstration der SEW beteiligt hätten.

## Jusos: Lenkung der Investitionen

Die Jungsozialisten halten an der Forderung nach direkter Investitionslenkung in der Wirtschaft und nach Vergesellschaftung bestimmter Industriezweige fest. Die Juso-Vorsitzende Heidemarie Wieczorek-Zeul kündigte in einem Beitrag für das „Sozialdemokrat-Magazin“ an, die Jungsozialisten würden in der Diskussion um den „Orientierungsrahmen '85“ der SPD das Konzept der direkten Investitionslenkung präzisieren. Dieses Konzept werde allerdings erst dann nicht mehr von den Unternehmen „unterlaufen“ werden können, wenn es ergänzt werde durch die „Vergesellschaftung strukturbestimmender Industriebereiche“ und des Finanzsektors.

## SPD fehlt Glaubwürdigkeit

Der Chefredakteur der SPD-nahen „Neuen Rhein Zeitung“, Jens Feddersen, selbst langjähriges Mitglied seiner Partei, schreibt unter der Überschrift „Die große Lücke“ (3. 2. 1975) u. a.:

„Das Stichwort ‚Steuerreform‘ zeigt, daß Sozialdemokraten zwar fleißig nach Sün-

denböcken suchen, nicht aber in der Lage sind, ihre Politik offensiv zu vertreten, geschweige denn den Hochmut und die Überheblichkeit ihres Finanzministers so öffentlich beim Namen zu nennen; wie er selbst sich offensichtlich präsentiert hat. Da darf man sich nicht wundern, wenn die Wähler dieses Jahres mit Protest reagieren. Niederlagen sind geradezu vorprogrammiert, setzt sich bei der SPD nicht die Erkenntnis durch, daß Glaubwürdigkeit die wichtigste Voraussetzung für den politischen Erfolg ist. Daß es daran heute hapert, kann kein noch so schöner ‚Orientierungsrahmen‘ vergessen lassen.“

## SPD-Kummer mit Programmsprache

Mit Hilfe von elf Fachlexika und Fachbüchern mußten Mitglieder des SPD-Planungsbüros ein Wörterverzeichnis mit Erklärungen („Glossarium“) anlegen, um einen von dreißig SPD-Superintellektuellen zusammengebrauten „zweiten Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975—1985“ („OR '85“) für den gewöhnlichen Genossen lesbar oder wenigstens entzifferbar zu machen. Stilblüten aus dem 245 Seiten umfassenden Wälzer (mit einem zusätzlichen, 648 Seiten starken Band mit „Basisdaten“), der jetzt an der Basis verteilt wird, sind u. a.: „Nettogrößen umfassen nur die rechnerischen Salden von Prozessen, die in Wirklichkeit sich in Bruttoströmen vollziehen, und deren Qualität auch nur anhand von Bruttoströmen beurteilt werden kann.“ Oder Begriffe wie „Nettozuwächse, Dynamik der Produktivitäts-Entwicklung, Ersatzinvestitionen, Wachstumsrate des realen Bruttosozialproduktes.“

## ■ FRIEDENSFORSCHUNG

# Heillosen Mißbrauch der Fördermittel in Bonn

**Welche Aufgaben hat die Friedensforschung? Hat die Ende 1970 gegründete „Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung“ diese Aufgaben erfüllt? Wurden die hierfür verwendeten Steuermittel verantwortungsvoll ausgegeben? Über diese Fragen ist eine Diskussion entbrannt. CDU-MdB Anton Pfeifer gibt hierzu folgenden Bericht:**

**A**n die Friedensforschung dürfen keine falschen Erwartungen geknüpft werden. Das Ergebnis der Friedensforschung kann nicht eine aggressionslose, heile und konfliktlose Welt sein. Sie kann aber dazu beitragen, daß die unvermeidlichen Aggressionen und Konflikte unter Verzicht auf Gewalt und in einem national kontrollierbaren System ausgetragen werden.

Politiker, Pädagogen, Militärs, Sozialpartner und andere erwarten von der Friedensforschung Ergebnisse, mit deren Hilfe es ihnen ermöglicht oder erleichtert wird, Konflikte in unserer Gesellschaft, zwischen gesellschaftlichen Gruppen und zwischen Staaten beherrschen und lösen zu lernen. Es wird darauf ankommen, im Rahmen der Friedensforschung jene Grundvoraussetzungen wertorientierter Verhaltensweisen in Staat und Gesellschaft herauszuarbeiten, durch die eine Ordnung entstehen kann oder historisch entstanden ist, in welcher der Wille nach fried-

lichem Zusammenleben nicht nur Theorie bleibt, sondern praktiziert wird.

Am 28. Oktober 1970 wurde in Bonn die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung gegründet. Seit Bestehen der Gesellschaft sind insgesamt 10,2 Mill. DM für Forschungsvorhaben, Tagungen und Jahrbücher ausgegeben worden. In der Zwischenzeit liegen die ersten Abschlußberichte über die geförderten Vorhaben vor. Aus den Berichten über diese Vorhaben läßt sich beim besten Willen nicht erkennen, nach welchen Auswahl- und Förderungskriterien diese Gesellschaft vorgeht.

Von 25 geförderten Vorhaben waren vier Tagungen oder Seminare, teilweise sogar Fortbildungsseminare, die kaum Bezug zur Forschung haben. Von den verbliebenen 21 geförderten Vorhaben waren fünf schon deshalb ein glatter Mißerfolg, weil sie abgebrochen und nicht zu Ende geführt wurden. Ein Ausfall von fast 25 % der geförderten Vorhaben übersteigt aber alles, was bei der Auswahl förderungswürdiger Forschungsvorhaben in anderen Institutionen zur Forschungsförderung als erträglich angesehen wird. Schon deshalb drängt sich der Verdacht auf, daß hier nicht nach wissenschaftlichen Kriterien ausgewählt und Geld zum Fenster hinausgeworfen wurde.

So heißt es bei einem mit 18 000 DM geförderten Projekt zu außenpolitischen

Fragen in dem Bericht: „Diese Arbeit wurde nicht abgeschlossen. Ein Papier, das teilweise Material aus dem Projekt bearbeitete, sollte veröffentlicht werden.“ Es ist nicht veröffentlicht. Ein anderes mit 10 000 DM gefördertes Projekt über die japanische Friedenspolitik gilt als nicht abgerechnet, weil der sogenannte Forscher nur eine Reise antrat und trotz häufiger Mahnung bis heute keine wissenschaftliche Auswertung der Reise vorgelegt hat.

Ein anderes Projekt, das mit 40 000 DM gefördert wurde, beschäftigt sich mit dem Thema „Imperialismus — Klassenkrieg“. Hier heißt es bei dem Ergebnisbericht: „Der Projektträger hat vor Abschluß der Arbeit eine Position an einer Universität in Costa Rica angenommen. Trotz mehrmaliger Mahnung hat er noch keinen Abschlußbericht vorgelegt.“

Die bisher vorliegenden Forschungsberichte und internen Revisionsberichte zeigen, daß eine ordnungsgemäße Kontrolle der Forschungsprojekte nicht vorliegt. Aus dem Bericht ergeben sich außerdem eine ganze Reihe von geförderten Forschungsvorhaben, die auf eine Theorie des Friedens als Instrument zur Überwindung der Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik abzielen und damit einen Friedensbegriff postulieren, der inhaltliche Offenheit der Friedensforschung durch Konfliktstrategie mit unserer demokratischen Grundordnung ablösen soll.

So zeigt der Bericht über ein mit 9 500 DM gefördertes Projekt in Heidelberg „Zur Analyse von Rüstungskomplexen in kapitalistischen Staaten unter besonderer Berücksichtigung der BRD“ ganz eindeutig von einer einseitigen marxistischen Ausrichtung des Forschungsprojektes. Hier wimmelt es nur so von linksradikalen Thesen.

Daß Friedensforschung auch sinnvoll betrieben werden kann, zeigt das Stockholmer Institut für Friedensforschung. Die hervorragenden Jahrbücher des Institutes wie auch die exzellenten Beiträge zu Problemen des Atomsperrvertrages und der modernen Waffentechnik zeigen, daß mit einer so betriebenen Friedensforschung auch ein wesentlicher Beitrag zur politischen Diskussion geleistet werden kann.

Die eindeutig falsch angelegte Förderungspolitik der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, der unbeschwerter Umgang mit Steuergeld innerhalb dieser Gesellschaft zeigen, daß hier etwas nicht in Ordnung ist.

## Strengere Kontrolle

Der Bundesrechnungshof sollte unverzüglich im Rahmen einer Sonderprüfung das finanzielle Gebaren der Gesellschaft untersuchen. Darüber hinaus muß die Bundesregierung ihren Einfluß geltend machen, daß künftig die Auswahl der zu fördernden Forschungsvorhaben nach Kriterien erfolgt, die den Maßstäben wissenschaftlicher Qualität in der Friedensforschung standhalten, die die Erfolgsaussichten eines Forschungsvorhabens wesentlich kritischer beurteilen, sowie Inhalt und Ziel der gesamten Friedensforschung eindeutig formulieren. Eine ständige Kontrolle der ordnungsgemäßen Verwendung der für ein bestimmtes Projekt zur Verfügung gestellten Zuschüsse muß sich anschließen.

Wer die Friedensforschung in diesem Lande nicht in Mißkredit geraten lassen will, muß dafür sorgen, daß auch die in der Friedensforschung verwendeten Steuermittel verantwortungsvoll und nach strengen Maßstäben ausgegeben werden.

## ■ VERKEHR

# Bilanz eines Zickzack-Kurses

**Nach 8 Jahren SPD-Verkehrspolitik im Bund sind wir am vorläufigen Ende eines atemberaubenden Zick-Zack-Kurses angelangt, stellt der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Dieter Schulte, fest und belegt diese Feststellung durch folgende Tatsachen:**

**G**eorg Leber wollte ein echtes Unternehmen Bundesbahn, das seine Kosten deckt, er legte dem Parlament ein 130-Mrd.-DM-Fernstraßenbauprogramm vor, bei dem jeder Bürger im Umkreis von 10 km eine Autobahn-Auffahrt erreichen sollte, die Devise seines Leber-Planes lautete „Freie Fahrt dem Pkw“.

Willy Brandt warf mit seinem glücklosen Verkehrsminister Lauritzen das Ruder völlig herum: Die Bahn sei ein gesellschaftspolitisches Instrument, das Auto wurde als gesellschaftsfeindlich gebrandmarkt. Mit einem 500-km-U-Bahn-Programm, einem 10-Mrd.-DM-S-Bahn-Programm und einer Politik des Null-Tarifs auf Raten wollte Lauritzen den Bürger von der „Herrschaft des Autos“ befreien. Die Folgen:

— Der Bundesfinanzminister kann die mehr als 10 Mrd. DM nicht bezahlen, die die Bahn braucht. Sie muß daher in den Gebieten ihren Betrieb einschränken, die ohnehin hinter der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben sind.

— Die Investitionsprogramme für den öffentlichen Personennahverkehr erwei-

sen sich als viel zu teuer. Schon jetzt muß der Steuerzahler mehr als 5 Mrd. DM für die jährlichen Kosten aufbringen, die über die Fahrpreise nicht mehr hereinkommen.

— Weil weder Bund, Länder und Gemeinden sich gesetzlich verpflichten wollen, die Defizite der Nahverkehrsunternehmen zu tragen, wissen die Betriebe nicht, wie es weitergehen soll.

— Um die gesellschaftspolitischen Abenteuer von Herrn Lauritzen zu bezahlen, werden die Straßenbaumittel Jahr für Jahr gekürzt, was entgegen allen Beteuerungen der Bundesregierung ebenfalls auf Kosten der wirtschaftsschwachen Räume geht.

Bundesverkehrsminister Gscheidle muß eingestehen, daß er sich außerstande sieht, die Verkehrspolitik à la Lauritzen zu bezahlen. Also wird eine neue Wende in der Verkehrspolitik angekündigt. Seine Gehilfen reisen durch die Lande, um Begräbnisse von U-Bahn- und S-Bahn-Programmen in die Wege zu leiten. Der Bundesbahn wird das gesellschaftspolitische Mäntelchen wieder abgenommen und nun wieder die Parole von der Eigenwirtschaftlichkeit ausgegeben. Die Experimente der letzten Jahre sollen offensichtlich mit einem zusaätzlichen Schrumpfungsprozeß bei diesem Unternehmen bezahlt werden.

Wir stehen damit am Ende eines Zick-Zack-Kurses, der den Bürgern immense Summen Geld gekostet hat, der aber zu weniger statt zu mehr Leistungen geführt hat.

## ■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

# Neue Anregungen für die CDU-Mitgliederwerbung

**A**uch in den letzten Monaten hielt die günstige Mitgliederentwicklung in der CDU an. Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis sorgfältiger Arbeit in den CDU-Kreis- und -Ortsverbänden. Die Methoden, mit denen die Verbände der Union ihre Mitgliederwerbung betreiben, sind unterschiedlich; dennoch haben die meisten eines gemeinsam: das „Kontaktermodell“, bei dem das persönliche Gespräch im Mittelpunkt steht.

Wir wollen Ihnen in dieser UiD-Ausgabe einige Tips für Ihre Mitgliederwerbung geben, die insbesondere während der Wahlkampfzeit besondere Bedeutung haben.

### 1. Mitgliederwerbung in den politischen Veranstaltungen

Viele Freunde und Wähler der CDU, die noch keine Mitglieder sind, besuchen politische Veranstaltungen, vor allem, wenn bekannte Politiker dabei das Hauptreferat halten.

Stellen Sie an den Eingang des Veranstaltungsraumes einen Tisch und legen Sie Informationsmaterial und Beitrittsformulare aus. (z. B. „Ergreifen Sie Partei“). Auf einem Schild steht: „Informationen CDU-Mitgliedschaft.“

Sorgen Sie außerdem für einen Behälter mit Einwurfschlitze zur Aufnahme ausgefüllter Beitrittsanmeldungen. Der Tisch muß so stehen, daß die Besucher an ihm vorbeigehen müssen.

Der Veranstaltungsleiter berichtet über die Bedeutung der CDU-Mitgliedschaft und über die Mitgliederentwicklung der CDU-Verbände. Er weist auf die Möglichkeit der Information und der Beitrittsanmeldung hin. Richten Sie die Bitte an die Veranstaltungsteilnehmer, Namen und Informationen über CDU-Sympathisanten, die für eine Mitgliedschaft in Frage kommen könnten, auf einem Blatt Papier aufzuschreiben und in den Behälter einzuwerfen. Diese Personen werden dann vom CDU-Verband angeschrieben und von einem CDU-Kontakter besucht.

Besondere Unterstützung bekommt die Aktion, wenn:

- a) auch der Politiker in seinem Referat über die CDU-Mitgliedschaft und die laufende Aktion spricht,
- b) am Informationstisch ein erfahrener CDU-Kontakter steht und mit Interessenten ins Gespräch kommt.

### 2. Mitgliederwerbung bei Straßenaktionen

Vor den Wahlen führen unsere Verbände immer häufiger Straßen-Canvassing-Aktionen auf belebten Geschäftsstraßen und in Fußgängerzonen durch. In den Hauptverkehrszeiten, besonders an Samstagen läuft der Einsatz. Informationsmaterial wird verteilt, an Canvassingständen wird diskutiert.

Immer wieder erscheinen an den Ti-

schen CDU-Sympathisanten, die die laufende Aktion begrüßen, etwa mit den Worten: „Endlich! Auch die CDU geht auf die Straße.“

Diese Personen müssen Sie ansprechen. Bitten Sie diese Sympathisanten, die CDU aktiv zu unterstützen. Sie sollen Mitglieder der Union werden. Sorgen Sie dafür, daß an jedem Canvassingstand Informationsmaterial über die CDU-Mitgliedschaft und Beitrittsformulare vorhanden sind.

Erfahrungsgemäß zieht ein Interessent mehrere mit sich. Die Erfahrung hat gezeigt, daß am Canvassingstand oft Beitrittsanmeldungen abgegeben werden.

### 3. Namen für Mitgliederwerbeaktionen (Slogan)

Geben Sie Ihrer Mitgliederwerbeaktion einen Namen. Wählen Sie einen Slogan, der eine Aussage über das Aktionsziel trifft.

#### Beispiel:

Aktion „Wetterau 3000“. Ziel: Im Rahmen der Aktion den Mitgliederstand des Kreises auf 3000 zu erhöhen.

Aktion „Rheinland 100 000“. Ziel: Im Jahre 1975 den Mitgliederstand des Landesverbandes Rheinland auf 100 000 zu erhöhen.

Aktion „Mülheim 500“. Im Rahmen der Aktion 500 neue Mitglieder zu gewinnen usw.

Alle Veröffentlichungen, Mitteilungen und Unterlagen, die in Verbindung mit der Aktion laufen, tragen diesen Slogan. Sorgen Sie dafür, daß die Aktion über den Kreis der CDU-Mitglieder hinaus bekannt wird.

### 4. Erfahrungsaustausch

Die CDU-Kreis- und -Ortsverbände werden gebeten, über ihre Erfahrungen aus den Mitgliederwerbeaktionen zu berichten. Ihre Erfahrungen sind Anregungen zum Start neuer Aktionen.


#### Berichten Sie bitte darüber der

**CDU-Bundesgeschäftsstelle**  
**Abt. Öffentlichkeitsarbeit**  
**Referat Mitgliederwerbung**  
**53 Bonn**  
**Konrad-Adenauer-Haus**

## ■ TERMINE

- 25. 2. LV Bremen, Landesvorstand
- 26. 2. **CDU — Bund**, Konstituierende Sitzung des Bundesausschusses für Gesundheitspolitik, Bonn
- 28. 2. BV Nordwürttemberg, Bezirksvorstand/Bezirksparteiausschuß
- 28. 2. LV Rheinland, Geschäftsführender Landesvorstand, Köln
- 28. 2. LV Rheinland, Landesvorstand, Köln
- 1. 3. **CDU — Bund und CDA — Bund**, Betriebs- und Personalrätekonferenz, Recklinghausen
- 1. 3. LV Rheinland, Landesausschuß, Köln

- 1. 3. LV Schleswig-Holstein, Wahlkampferöffnung Schleswig-Holstein
- 3. 3. **CDU — Bund**, Präsidium, Bonn
- 3. 3. LV Berlin, Landesvorstand
- 3. 3. LV Berlin, Landesausschuß
- 3. 3. LV Baden-Württemberg, Landesvorstand, Stuttgart
- 6. 3. LV Bremen, Landesausschuß
- 7. 3. **CDU — Bund**, Frauenvereinigung, Vorstand, Lübeck
- 7. 3. LV Westfalen-Lippe, Landesvorstand, Dortmund


**ZITAT**

## Nach uns das Verderben?

Die Parole von der „Unregierbarkeit“ der Bundesrepublik Deutschland nach einem Wahlsieg der Unionsparteien beruhte weder auf rhetorischer Fahrlässigkeit noch auf einer gereizten Augenblicksreaktion, sondern war Kalkül. Der Urheber dieser befremdlichen Voraussage, Ministerpräsident Kühn, hat inzwischen bekannt, er habe das vorsätzlich gesagt und werde davon auch nichts zurücknehmen. Denn: „Hier handelt es sich um eine sorgfältig bedachte Befürchtung. Es geht nicht um eine Entgleisung, sondern um eine Überzeugung.“

Das ist sogar noch untertrieben. Nicht Kühn allein ist auf die Idee verfallen, den politischen Gegner auf diese Weise anzugreifen. Es steckt vielmehr ein komplettes Wahlkampfkonzept der SPD für 1975/76 dahinter. Totalitäre Parteien haben sich zu allen Zeiten ein politisches Haßobjekt erkoren, um die Massenpsyche für ihre Zwecke zu mobilisieren: den Ausbeuter, den Plutokraten, die Juden oder den Imperialismus. Demokratische Parteien äußern gern ihren Abscheu vor solcher Barbarei. Sie zeigen aber weniger Scheu, mit einem anderen Feuer zu spielen: mit der Urangst des Bürgers vor Unordnung, katastrophischem Wandel, „Unregierbarkeit“.

### Anschritt:

Und nun unternehmen es ausgerechnet die Sozialdemokraten, die diesen unfairen Stil einst energisch angeprangert haben, dem Volk einen ähnlichen Bären aufzubinden. Die Leute der Reform und des gesellschaftlichen Wandels, die auf Vernunft und Einsicht, Toleranz und Bildungsfähigkeit setzten— sie bauen nun offenbar auf die Zugkraft des Aberglaubens. Unübersehbar liegt darin ein Indiz, wie die politischen Ziele von einst der Erosion verfallen, preisgegeben oder als Utopien begraben worden sind. Aber berechtigt das dazu, nun im Wahlkampf eine Art Freibeuterflagge zu zeigen?

Die Sprüche von der Unregierbarkeit nach einem Wachwechsel in Düsseldorf oder Bonn sind einer großen demokratischen Partei unwürdig. Die Sozialdemokraten offenbaren damit einerseits eine Überheblichkeit („die einzig Regierungsfähigen“), die abstoßend wirkt, sie zeigen andererseits mit dem Versuch, unbestimmte Ängste zu mobilisieren, eine bemerkenswerte politische Konditionsschwäche. So defensiv operiert niemand, der von der Zugkraft seiner positiven Handlungsziele überzeugt ist.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. 2. 1975

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 193 795. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

